

# Merkblatt ruhestörender Lärm

(Stand: 30.04.2021)

Mit Erlass der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmverordnung 32. BImSchV) in der derzeit gültigen Fassung ist eine separate Regelung in der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Merseburg zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit zum Thema „ruhestörender Lärm“ nicht mehr erforderlich und in Bezug auf Maschinenlärm auch nicht mehr zulässig (Doppelregelungsverbot).

## **1. Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung, (32. BImSchV) – Zuständigkeitsbereich untere Immissionsschutzbehörde**

Die festgelegten Regelungen gelten gemäß § 7 Abs. 1 der 32. BImSchV in reinen, allgemeinen und besonderen Wohngebieten, Kleinsiedlungsgebieten, Kur- und Klinikgebieten, auf dem Gelände von Krankenhäusern und Pflegeanstalten, in Sondergebieten, die der Erholung dienen und in Gebieten für die Fremdenbeherbergung. Nachfolgende Geräte und Maschinen dürfen zu den unten genannten Zeiten **nicht im Freien** betrieben werden:

- sonn- und feiertags ganztägig sowie werktags von 20.00 Uhr bis 07.00 Uhr: Rasenmäher, Rasentrimmer, Rasenkantenschneider, Vertikutierer, Heckenscheren, Schredder, Bohrgeräte, tragbare Motorkettensägen, Transportbetonmischer u. a.;
- Zusätzlich zu den oben aufgeführten Zeiten dürfen werktags nicht im Freien betrieben werden von 07.00 Uhr bis 09.00 Uhr, von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr und von 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr: Laubbläser, Laubsammler, Rasentrimmer, Freischneider sowie Rasenkantenschneider.

Die zusätzlichen Beschränkungen gelten nicht für Geräte und Maschinen, für die das Umweltzeichen der europäischen Union vergeben wurde und die mit diesem Umweltzeichen gekennzeichnet sind (deutlich sichtbar am Gerät).

Ordnungswidrig im Sinne des § 9 Abs. 2 Nr. 1 der 32. BImSchV handelt, wer ein/e oben genannte/s Gerät oder Maschine zur verbotenen Zeit betreibt. Die 32. BImSchV unterscheidet nicht zwischen einem gewerblichen oder einem privaten Betrieb der genannten Geräte.

Die Vorschrift ist nicht anwendbar für Bundesstraßen und Schienenwege des Bundes, die durch die betreffenden Gebiete führen.

Im Einzelfall können Ausnahmen von den Betriebseinschränkungen zugelassen werden (z. B. bei überwiegend öffentlichem Interesse). Diese Ausnahmegenehmigung kann beim Landkreis Saalekreis, untere Immissionsschutzbehörde beantragt werden. Von den in der Vorschrift genannten Einschränkungen darf ohne besondere Zulassung des Ausnahmefalls abgewichen werden, wenn der Betrieb der Geräte und Maschinen im Einzelfall zur Abwendung einer Gefahr bei Unwetter oder Schneefall oder zur Abwendung einer sonstigen Gefahr für Mensch, Umwelt oder Sachgüter erforderlich ist.

Weitergehende immissionsschutzrechtliche Landesregelungen zum Schutz von Wohn- und sonstiger lärmempfindlicher Nutzung bleiben unberührt (siehe Punkt 2 dieses Merkblattes). Unberührt von den Vorschriften der 32. BImSchV bleiben auch die Regelungen der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) für den gewerblichen Bereich (Stichwort Einhaltung Lärmimmissionsrichtwerte siehe dazu Punkt 4 dieses Merkblattes).

## **2. Gesetz über die Sonn- und Feiertage (FeiertG LSA)**

In den Bereichen, in denen die 32. BImSchV nicht angewendet werden kann (z. B. in Misch- oder Dorfgebieten oder auch bei anderen als dort genannten Maschinen oder Tätigkeiten), ist das FeiertG LSA anzuwenden. Laut § 3 Abs. 1 dieses Gesetzes sind die Sonntage und staatlich anerkannten Feiertage Tage allgemeiner Arbeitsruhe. Gemäß Abs. 2 sind öffentlich bemerkbare Arbeiten und Handlungen, die die äußere Ruhe stören, nur in besonderen Ausnahmefällen erlaubt. Darunter fallen u. a. der Betrieb der Post, Eisenbahn, die Luftfahrt, Schifffahrt, unaufschiebbare Arbeiten im Rahmen einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft, die Vorbereitung der am folgenden Tag stattfindenden Märkte, nicht gewerbsmäßige Betätigung in Haus und Garten. Autowaschanlagen dürfen an Sonntagen betrieben werden. Ausgenommen sind hiervon Ostersonntag, Pfingstsonntag, Volkstrauertag, Totensonntag sowie diejenigen Sonntage, die zugleich staatlich anerkannte Feiertage nach § 2 FeiertG LSA sind. Ausnahmegenehmigungen dazu können im Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Merseburg beantragt werden.

## **3. Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)**

Gemäß § 117 Abs. 1 OWiG „Unzulässiger Lärm“ handelt ordnungswidrig, wer ohne berechtigten Anlass oder in einem unzulässigen Ausmaß Lärm erregt, der geeignet ist, die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft erheblich zu belästigen oder die Gesundheit eines anderen zu schädigen. Das Ausmaß des Lärms wird nicht nur nach dessen Stärke, sondern auch nach seiner Dauer, nach den jeweiligen örtlichen Begebenheiten und zeitlichen Umständen bestimmt.

Der Zusatz im Absatz 2 des § 117, wonach eine solche Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden kann, wenn die Ahndung der Handlung nicht nach anderen Vorschriften möglich ist, macht deutlich, dass es sich hierbei um einen in der Praxis selten anwendbaren Auffangtatbestand handelt, da fast in allen vorkommenden Fällen andere Rechtsnormen zur Verfügung stehen.

## **4. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) – Zuständigkeitsbereich untere / obere Immissionsschutzbehörde**

### **4.1 Lärm aus Anlagen:**

Bei Beeinträchtigungen, die durch Gewerbebetriebe (Anlagen) hervorgerufen werden, ist das BImSchG anzuwenden.

Spezielle Regelungen finden sich in der TA Lärm, welche in Abhängigkeit vom Gebietscharakter (z. B. Mischgebiet oder allgemeinen Wohngebiet) Immissionsrichtwerte festlegt, die zum Schutz der Nachbarschaft einzuhalten sind. Um das sicherzustellen, werden ggf. auf der Grundlage von diesbezüglich erstellten Schallprognosen zulässige Emissionswerte einer Anlage entweder in Genehmigungen nach BImSchG oder Baurecht festgelegt. Im Einzelfall müssen nach entsprechenden Prüfungen nachträglich Lärminderungsmaßnahmen angeordnet werden. Für Baustellen als nicht genehmigungsbedürftige Anlagen i. S. d. BImSchG ergeben sich die zulässigen Immissionsrichtwerte – ebenfalls in Abhängigkeit von der Gebietseinstufung – aus der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmissionen (AVV Baulärm).

#### **4.2 Sport- und Freizeitlärm:**

Maßgebliche Vorschrift ist die Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV). Sie gilt für die Errichtung und den Betrieb ortsfester Sportanlagen, die keiner Genehmigung nach BImSchG bedürfen (dies sind z. B. Motorsportplätze im Freien wie z. B. Kart-/Quad-Bahnen und Moto-Cross-Strecken unterliegen i. d. R. nicht der 18. BImSchV, hier ist Punkt 4.1 dieses Merkblattes einschlägig).

Analog zur TA Lärm werden hier ebenfalls Lärmimmissionswerte festgelegt, die jedoch im besonderen Maße der Tatsache Rechnung tragen, dass Sportstätten auch an Sonn- und Feiertagen betrieben werden können. Sonstiger Freizeitlärm (z. B. Straßenfeste, Musikveranstaltungen, Open Air Konzerte) werden im Einzelfall durch § 22 BImSchG und die so genannte Freizeitlärmrichtlinie des Länderausschusses für Immissionsschutz geregelt. Zuständig ist hier die untere Immissionsschutzbehörde beim Landkreis Saalekreis.

#### **4.3 Gaststättenlärm:**

Lärm aus Gaststätten regelt sich nach dem Gaststättengesetz i. V. m. mit dem BImSchG sowie der TA Lärm.

### **5. Verkehrslärm**

Bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen oder Schienenwegen ist die Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) heranzuziehen. Zuständig für die Anwendung ist der jeweilige Straßenbaulastträger nach Landesrecht. Die Regelung betrifft jedoch nur den Lärm, der durch die sachgemäße Nutzung der Straße/Schiene entsteht. Lärmbelästigung in Folge von lautem Türenschielen, unnötigem Hin- und Herfahren innerhalb geschlossener Ortschaften, lautem Abspielen von Musik, LKW-Verkehr an Sonn- und Feiertagen auf öffentlichen Straßen und Parkplätzen werden durch § 30 der Straßenverkehrsverordnung (StVO) geregelt.

Lärm von Parkplätzen, die einer Anlage (Gewerbebetrieb), einer Sportstätte oder einer Veranstaltung zuzuordnen sind, werden von den zuvor genannten Regelungen (BImSchG, TA Lärm, 18. BImSchV, Freizeitlärmrichtlinie) erfasst und unterfallen nicht dem § 30 StVO.

## **5. Strafgesetzbuch (StGB) – Zuständigkeitsbereich Staatsanwaltschaft / Polizei**

Die Polizei bzw. Staatsanwaltschaft ist zuständig bei der Verfolgung nach StGB § 325 a – Verursachen von Lärm, Erschütterungen und nichtionisierenden Strahlen. Der Gültigkeitsbereich erstreckt sich auf Anlagen, Betriebsstätten und Maschinen. Dort heißt es:

*(1) Wer beim Betrieb einer Anlage, insbesondere einer Betriebsstätte oder Maschine, unter Verletzung verwaltungsrechtlicher Pflichten Lärm verursacht, der geeignet ist, außerhalb des zur Anlage gehörenden Bereichs die Gesundheit eines anderen zu schädigen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

*(2) Wer beim Betrieb einer Anlage, insbesondere einer Betriebsstätte oder Maschine, unter Verletzung verwaltungsrechtlicher Pflichten, die dem Schutz vor Lärm, Erschütterungen oder nichtionisierenden Strahlen dienen, die Gesundheit eines anderen, ihm nicht gehörende Tiere oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

Diese Vorschrift gilt nicht für Kraftfahrzeuge, Schienen-, Luft- und Wasserfahrzeuge. Die Regelung stellt nur auf Gesundheitsgefahren, nicht jedoch auf bloße Belästigungen, vergleichbar mit § 117 OWiG ab.

## **6. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) – Privatrechtliche Möglichkeit des Vorgehens gegen ruhestörenden Lärm**

Liegen eindeutig nachbarschaftliche Streitigkeiten hinsichtlich ruhestörenden Lärms vor oder sind alle öffentlich-rechtlichen Möglichkeiten dahingehend ausgeschöpft, dass verwaltungsrechtlich keine Eingriffsvoraussetzungen vorliegen bzw. ist Hintergrund ein evtl. geltend zu machender Schadensersatzanspruch (z. B. Mietminderung, Schadensersatz wegen Mietausfall o. ä.) besteht nur die Möglichkeit, privatrechtlich gegen die Lärmeinwirkung vorzugehen.

Geregelt wird dies im BGB – Dritter Abschnitt – Eigentum § 906 (Zuführung unwägbarer Stoffe). Nach § 906 Abs. 1 muss eine wesentliche Beeinträchtigung vorliegen d. h. die in Rechtsvorschriften verankerten Grenz- oder Richtwerte müssen überschritten sein oder es ist nachzuweisen, dass trotz Einhaltung dieser Werte immer noch eine Beeinträchtigung vorliegt. Die Beweislast liegt hier beim Beschwerdeführer.

Grundsätzlich steht an erster Stelle die Möglichkeit einer Klärung der auf einer Ruhestörung beruhenden Streitsituation durch Einbeziehung einer Schiedsstelle. Hierbei müssen jedoch beide Streitpartner bereit sein, eine Klärung herbeizuführen. Auskünfte über bestehende Schiedsstellen erteilt neben dem Amtsgericht das Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Merseburg. Ist dies nicht möglich, bleibt dem Bürger nur noch der Weg zum Amtsgericht oder er wendet sich mit seinem Problem an einen Rechtsbeistand. Bei Mietgrundstücken hilft auch oft ein klärendes Gespräch mit dem Grundstückseigentümer. Dieser ist verpflichtet, auf seinem Grundstück für Ruhe und Ordnung zu sorgen (z. B. Durchsetzung der Hausordnung).

Klassische Anwendungsfälle liegen im Bereich verhaltensbedingter Ruhestörungen (z. B. lautes Feiern, Hundegebell, Hahnkrähen u. ä.). Zu beachten ist, dass der im BImSchG sowie dazugehörigen anderen Verordnungen und Vorschriften benutzte Begriff „Nachbarschaft“ weiter gefasst ist als der Begriff „Nachbar“.

Grundsätzlich gelten die Immissionsrichtwerte der TA Lärm nur für Lärm aus Anlagen, sie können jedoch unter Umständen in solchen Streitfällen orientierend herangezogen werden.

**Sicherheit und Ordnung geht alle an.  
Machen Sie mit!**

Hinweise an das Bürger- und Ordnungsamt  
der Stadtverwaltung Merseburg

Telefon: 03461 – 445 701  
E-Mail: [ordnung@merseburg.de](mailto:ordnung@merseburg.de)